

FreiBrief aus Berlin

1/2016



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wünsche Ihnen ein gutes, gesundes und erfolgreiches neues Jahr 2016. Ich hoffe, Sie sind gut in das neue Jahr gestartet.

Neben den bundespolitischen Herausforderungen stehen in diesem Jahr wichtige Landtagswahlen an. Insbesondere in Baden-Württemberg wollen wir mit der Wahl am 13. März 2016 wieder Regierungsverantwortung übernehmen. Unser Ziel ist, dass gegen die CDU nicht regiert werden kann. Wir setzen in den kommenden Wochen nicht nur auf unseren Spitzenkandidaten Guido Wolf und die Wahlkreiskandidaten vor Ort, sondern gerade auch auf unsere 70.000 Parteimitglieder, die sich in den vergangenen Monaten bereits zahlreich am Wahlprogramm beteiligt haben. Die Menschen in Baden-Württemberg habe eine echte Wahl. Wir sind die Partei für die Mitte der Gesellschaft. Grün-Rot hingegen hat sich in den letzten fünf Jahren einzig in Worthülsen, bunten Versprechungen und Bedenkenträgertum geübt.

Herzlichst

INHALT

<i>Bericht aus Berlin</i>	2
<i>Aktuelles aus dem Wahlkreis</i>	3
<i>Thorsten Frei begrüßt europäische Lösung für mehr Sicherheit im Internet</i>	7
<i>Griechischem Fass ohne Boden nicht auch noch den Deckel entziehen</i>	7
<i>Kreishaushalt 2016 - Kurs halten in schwierigen Zeiten</i>	7

www.thorsten-frei.de



Bericht aus Berlin

UN-Klimakonferenz eint die Welt in Sachen Klimaschutz



Bei allen Schwierigkeiten des letzten Jahres, in schwierigen politischen Fragen mit gemeinsamer Stimme zu sprechen, erlebten wir zumindest mit der Weltklimakonferenz in Paris Mitte Dezember einen versöhnlichen Jahresabschluss mit Blick auf Umweltschutzfragen. Während der gut zweiwöchigen Konferenz einigte sich die Welt auf ein Klimaschutzabkommen. Dieses Abkommen ist der Beginn einer neuen Ära im internationalen Klimaschutz. Erstmals haben sich alle Staaten zu ihrer Verantwortung bekannt und konkrete Verpflichtungen zu Klimaschutzmaßnahmen übernommen. Damit endet die Zeit, in der sich nur einige wenige Industrieländer den Klimaschutz auf die Fahnen geschrieben haben, während die große Mehrheit — darunter mittlerweile wohlhabende Staaten — lediglich in beschränktem Umfang freiwillig beiträgt. Anstelle dieser alten Zweiteilung gibt es jetzt eine faire Differenzierung, wonach jeder so viel beiträgt, wie er kann. Zum ersten Mal machen sich also alle Länder dieser Welt gemeinsam auf den Weg, den Schutz unseres Planeten aktiv zu betreiben. Ich bin der Meinung, dass die Kraftanstrengung nicht groß genug sein kann. Schließlich geht es darum, wie unsere Kinder und Enkel einmal auf unserer Erde leben können. Umwelt- und Klimaschutz ist insofern ein Thema der Generationengerechtigkeit. Am Ende haben 187 Staaten eigene nationale Klimaschutzpläne vorgelegt. Zum ersten Mal wird die 2-Grad-Obergrenze völkerrechtlich verbindlich

verankert. Darüber hinaus sollen sich die Staaten anstrengen, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen. Die Erwähnung der „1,5 Grad-Grenze“ ist nicht nur eine inhaltsleere Floskel, sondern sie spiegelt unsere moralische Verpflichtung vor allem gegenüber den kleinen Inselstaaten wider, deren gesamte Existenz hiervon abhängt. Darüber hinaus verbindet das Pariser Abkommen die Temperatur-Obergrenze mit einer konkreten Handlungsanweisung: Globale Treibhausgasneutralität in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts. Bis dahin muss die Belastung der Atmosphäre auf „Null“ sinken. Das bedeutet im Klartext: Die gesamte Weltgemeinschaft hat den Abschied von fossilen Energien beschlossen! Das Pariser Abkommen benennt auch konkret, wie das Ziel erreicht werden soll. Ab 2020 werden die Staaten alle fünf Jahre neue Klimaschutzpläne vorlegen, die so ambitioniert wie irgend möglich sein müssen. Für diese Pläne gilt das verbindliche Prinzip, dass sie nicht abgeschwächt werden dürfen, sondern immer ehrgeiziger werden müssen. Für uns als Land steht aber noch mehr auf dem Spiel. Das Klimaabkommen offenbart mit dem Abschied von fossiler Energie eine gigantische Chance, die wir mit der unter unserer Führung eingeläuteten Energiewende engagiert aufgegriffen haben. Wenn es uns gelingt, auf Gebieten wie den erneuerbaren Energien, neuen Kraftwerkstechnologien, Antriebstechniken im Fahrzeugbau oder auch alternativer Wärmegewinnung einen technologischen Vorsprung zu erarbeiten oder unseren Vorsprung zu halten, dann geht unser Land trotz der stetig wachsenden Wirtschaftskonkurrenz aus Fernost in eine rosige Zukunft.

Verlängerung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan



In der letzten Sitzungswoche vor der Weihnachtspause stimmten wir im Bundestag über den Antrag der Bundesregierung, die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz in Afghanistan bis zum 31. Dezember 2016 fortzusetzen, in namentlicher Abstimmung ab. Für mich war das Thema in meiner Funktion als Afghanistanbeauftragter der CDU/CSU-Fraktion von besonderer Bedeutung, nicht nur weil die Afghanen mittlerweile die zweitgrößte Gruppe von Asylantragsteller bei uns sind. Es geht bei der weiteren Hilfe für Afghanistan also nicht nur um die Glaubwürdigkeit der internationalen Gemeinschaft, sondern um handfeste eigene Interessen Deutschlands. Das größte Problem sind sicherlich die angespannte Sicherheitslage und das zunehmende Erstarken der Taliban. Diese zeigten sich nicht zuletzt in der Eroberung von Kunduz im Oktober, in den schweren Gefechten in Helmand und Kandahar und auch den Attentaten unmittelbar in Kabul. Ohne Sicherheit auch in den entfernten Provinzen schaffen zu können, wird es der Regierung von Präsident Ghani nicht gelingen, das Vertrauen der Menschen zurück zu gewinnen. Deshalb ist es richtig, dass auch Deutschland mit der Bundeswehr weiterhin einen spürbaren Beitrag leistet und die afghanischen Streitkräfte in gewissen Teilbereichen ausbildet, die militärischen Führer taktisch und operativ berät und mit besonderen Fähigkeiten unterstützt. Ich finde es richtig, dass die Mandatsobergrenze angesichts des erhöhten Bedrohungsszenarios von derzeit 850 auf 980 Soldaten erhöht wurde. Allerdings hätte ich mir zum Schutz der deutschen Soldaten eine noch deutlichere Aufstockung auf bis zu 1.500 Soldaten gewünscht. Aber Sicherheit allein ist keine Perspektive, die die Menschen auf Dauer im eigenen Land hält und die eigene Familie ernähren lässt. Deshalb kommt es in einem zweiten, bisher zu sehr vernachlässigten Schritt auf die ökonomische Entwicklung Afghanistans an. Afghanistan muss die eigene Produktivität steigern und weg von der immensen Importabhängigkeit kommen. Dazu bedarf es vor allem der Hilfe und Unterstützung der regionalen Nachbarn wie China, Pakistan und Indien. Deutschland wird die notwendigen

Prozesse wo immer möglich diplomatisch unterstützen. Klar ist aber auch, dass echte, das Land stabilisierende Perspektiven und die notwendige Infrastruktur nicht von heute auf morgen geschaffen werden können. Deshalb gehe ich davon aus, dass wir einen langen Atem zeigen müssen und uns weit über das Jahr 2020 in Afghanistan engagieren werden.

Aktuelles aus dem Wahlkreis

Wirtschaftspolitik aus Sicht mittelständischer Unternehmer



Die Vorsitzenden der Landesfachkommissionen des Wirtschaftsrates Baden-Württemberg luden mich zu einem Gespräch über die aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen und die Antworten der CDU darauf ein. Ich diskutierte mit den Unternehmern aus allen Bereichen der Wirtschaft ausführlich über die zukünftigen Strategien in den Bereichen Energie, Infrastruktur, Digitalisierung und Mittelstand. Gemeinsam analysierten wir die vergangenen vier Jahre grün-roter Landesregierung samt der verpassten Chancen für unser Land. Ich bin überzeugt, dass mit einer CDU-geführten Landesregierung künftig vieles noch besser laufen könnte. Gemeinsam mit den Unternehmen werden wir ab dem 13. März den Beweis antreten.

Besuch der Dualen Hochschule Villingen-Schwenningen



Auf Einladung von Professor Jürgen Werner, dem Rektor der Dualen Hochschule am Standort Villingen-Schwenningen, besuchte ich den Campus des Fachbereichs Wirtschaft in unmittelbarer Schwenninger Innenstadtlage. Bei einem kurzen Rundgang durch die verschiedenen Lehrgebäude konnte ich mich von einigen der Erfolgsfaktoren der dualen Hochschulausbildung überzeugen und mit den Hochschulverantwortlichen sowohl über die aktuelle räumliche Situation der Fakultät "Soziale Arbeit" am Standort Schramberger Straße, als auch über den im kommenden Jahr startenden Studiengang „Angewandte Pflegewissenschaften“ diskutieren. Mein Fazit am Ende: Die enge Verzahnung von Theorie und Praxis der Lehrinhalte und die direkte Kooperation von Forschung und Wirtschaft am Standort Villingen-Schwenningen bleiben ein Paradebeispiel für exzellente, dezentrale Hochschulbildung in Baden-Württemberg. Damit steht fest, dass die CDU-Hochschulpolitik einer der Garanten für Innovation und Zukunftsfähigkeit unseres Landes sind.

Neues Bildungsmodul der „Off Road Kids“ – große Chance für Straßenkinder



In einem ausführlichen Gespräch informierte ich mich bei Markus Seidel, dem Vorstandssprecher der Off Road Kids Stiftung in Bad Dürkheim, über den aktuellen Stand der Straßensozialarbeit und das neueste Projekt der Hilfsorganisation, die ich schon seit Jahren mit Interesse begleite. Markus Seidel stellte mir ausführlich die Integration des Bildungssystems der „Flex-Fernschule“ des Christopherus-Jugendwerks in Oberriemsingen (Caritasverband der Erzdiözese-Freiburg e.V.) in die bestehenden Konzepte der bundesweiten Streetwork-Stationen vor. Damit können über ein Fernschulangebot ganzjährig und

unabhängig vom Wohnort anerkannte Haupt- und Realschulabschlüsse erworben werden, die dann die Basis für die Integration der jugendlichen Problemkinder in Arbeitsmarkt und Gesellschaft sein sollen. Ich hoffe, dass es der Off Road Kids Stiftung gelingt, dieses Projekt im Volumen von etwa 1 Mio. Euro als bundesweit einsetzbares Brückensystem mit Modellcharakter zu finanzieren. Damit erhalten die Schwächsten in unserer Gesellschaft eine Chance auf eine echte Zukunft mit Perspektive.

Wahlkampfeinstimmung beim CDU Kreisverband Waldshut und der KPV Tuttlingen



Der 13. März und damit die Landtagswahl rücken immer näher. Folglich nehme ich auf einer Reihe von Veranstaltungen die Gelegenheit war, um in den Orts- und Kreisverbänden und auch den Vorfeldorganisationen der CDU mit den zahlreichen Multiplikatoren ins Gespräch zu kommen, Kampagne und Strategie der Partei zu erläutern und die Stimmung an der Basis aufzunehmen. Beispielsweise lud mich der Kreisvorsitzende des CDU-Kreisverbandes Waldshut Felix Schreiner MdL nach Wutöschingen-Schwerzen ein, um noch vor Weihnachten einen inoffiziellen Wahlkampfauftakt zu vollziehen. Gemeinsam mit Thomas Dörflinger MdB und einigen Stadt- und Ortsvorsitzenden erörterten wir die weitere Marschroute bis zur Landtagswahl sowie verschiedene Aspekte aus der Programmatik konstruktiv.



Ebenso war ich zu Gast auf der Kreisjahreshauptversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung Tuttlingen in Wurmlingen. Dort gab zunächst Anton Stier nach 38 Jahren als Vorsitzender den Führungsstab an seinen einstimmig gewählten Nachfolger Hans-Jürgen Osswald, Bürgermeister von Neuhausen ob Eck, weiter. Als Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU Baden-Württemberg ließ ich es mir natürlich nicht nehmen, Anton Stier für sein jahrzehntelanges kommunalpolitisches Engagement zu danken. Mit Blick auf die anstehende Landtagswahl aber war es mir besonders wichtig, den anwesenden Bürgermeistern und Gemeinderäten die wesentlichen Leitplanken einer CDU-geführten Landesregierung vorzustellen. Ich erläuterte dabei die drei großen Investitionsschwerpunkte Bildung, Infrastruktur und Innere Sicherheit, ging umfassend auf die drängendsten Themen zur Stärkung des ländlichen Raumes ein und hob die Stärken der CDU Baden-Württemberg in den genannten Bereichen hervor.

Unterrichtsstunde mit Blumberger Realschülern und Besuch bei Bürgermeister Markus Keller



Die Realschule Blumberg lud mich im Rahmen des EWG-Unterrichts bereits zum zweiten Mal zu einem Unterrichtsgespräch in allen drei neunten Klassen. Dabei erläuterte ich jeweils zu Beginn kurz meine typische Arbeitswoche im Deutschen Bundestag in Berlin und skizzierte die Aufgaben und Zuständigkeiten in den Ausschüssen und Arbeitsgruppen, um direkt im Anschluss in den Dialog mit den Schülern zu treten. Mir war es dabei besonders wichtig, mit den Schülern die Themen anzusprechen, die sie tatsächlich interessieren, womöglich direkt betreffen und bei denen sie vielleicht eine kritische Haltung haben. So entstand innerhalb kürzester

Zeit eine lebhaft Diskussions über die Flüchtlingshilfe direkt vor Ort oder an den Rändern der Krisengebiete, die Bewältigung des Zustroms nach Deutschland, die Materiallage bei der Bundeswehr, den Einsatz in Syrien im Kampf gegen den IS, die Verantwortung Deutschlands im Nato-Verteidigungsbündnis, die Terroranschläge in Frankreich und Madrid in den letzten Jahren und die allgemeine Sicherheitslage in Deutschland.



Direkt anschließend besuchte ich Bürgermeister Markus Keller im Blumberger Rathaus, um mich über die aktuelle Situation in der südlichsten Stadt meines Wahlkreises zu informieren. Erst vor kurzem konnte der zehntausendste Einwohner der Kernstadt verzeichnet werden. Seit langem entwickelt sich die Stadt kontinuierlich positiv weiter. Blumberg investiert konstant in die Zukunft der Stadt. Das beweisen der Ausbau des Panoramabades, das moderne Einsatzkonzept der Feuerwehr Blumberg mit ihren Teilortwehren und der derzeit anstehende Ausbau einer flächendeckenden Glasfaserbreitbandinfrastruktur eindrucksvoll. Ich betonte gegenüber Bürgermeister Keller, dass ich mich weiterhin mit aller Kraft und allen Möglichkeiten für die dringend benötigten Ortsumfahrungen Randen und Zollhaus einsetzen werde, um im Zuge der Beratungen des für März erwartenden Bundesverkehrswegeplans eine möglichst hohe Priorisierung zu erreichen. Natürlich wurde bei dem Gespräch auch die Zukunft des Zolls in Barga thematisiert.

Politischer Meinungs austausch zum Thema Mindestlohn in Gastronomie und Handel



Der flächendeckende Mindestlohn als ideologisches Steckenpferd der SPD wird in Kürze ein Jahr bestehen. Angesichts zahlreicher negativer Erfahrungen vor allem in der Gastronomie traf ich mich mit Vertretern der Hotel- und Gastronomiebetriebe meines Wahlkreises, der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg und der DEHOGA zu einem politischen Meinungs austausch, um gemeinsam die unmittelbaren Auswirkungen und mögliche Auswege zu erläutern. Seit der Einführung des flächendeckenden Mindestlohns zum 01.01.2015 sehen sich die Betriebe schließlich mit massiven Einschränkungen und bürokratischen Hürden konfrontiert, die ihre unternehmerische Freiheit unnötig beschneiden. Die Nivellierung der bestehenden Arbeitszeitregelungen hin zu flexibleren Arbeitszeitmodellen kristallisierte sich schnell als ein zentrales Anliegen der teilnehmenden Inhaber und Geschäftsführer heraus. Aber auch die zunehmenden bürokratischen Einschränkungen und Dokumentationspflichten, die Details der noch immer ungeklärten Arbeitgeberhaftung, der Fachkräftemangel in der Branche und die unterschiedliche Behandlung von Vereinen und Gastbetrieben im Bereich der Lebensmittelhygiene-Verordnung und der Allergenkennzeichnung waren wichtige Themen, die wir ausführlich diskutierten. Aus meiner Sicht besteht hier weiterhin ein dringender Handlungs- und Nachbesserungsbedarf. Die momentanen Regelungen im Bereich der Nebenwerbstätigen, der Anrechnung eines Zusatzverdienstes auf die Witwenrente und die Generalunternehmerhaftung gehen eindeutig an der Lebens- und Arbeitswirklichkeit der Branche vorbei. Wir brauchen Lösungen mit Augenmaß,

um die Kultur der Gastfreundschaft in unseren Gastronomiebetrieben im ländlichen Raum und den Ballungsräumen zu erhalten, zu fördern und die sich an der Lebenswirklichkeit der Gastronomen und schlussendlich der Gäste orientieren.

Weihnachtsstammtisch der Jungen Union Schwarzwald-Baar



Kurz vor Heiligabend besuchte ich auf Einladung des Vorstands den traditionellen Weihnachtsstammtisch der Jungen Union Schwarzwald-Baar. Ich blickte gemeinsam mit den knapp 20 anwesenden Mitgliedern und Interessenten auf das ereignisreiche Jahr 2015 mit den zahlreichen innen- und außenpolitischen Herausforderungen - sei es nun in der Ukraine bzw. mit Russland, die griechische Finanzkrise und der alles überlagernde Flüchtlingsstrom – zurück. Ebenso diskutierten wir umfassend und intensiv die näher rückende Landtagswahl. Für mich ist klar, dass es bis zum Schluss spannend bleiben wird. Dem Ziel, ab März auch im Land eine Regierung unter CDU-Führung mit einem Ministerpräsidenten Guido Wolf zu haben, sehe ich aber äußerst optimistisch entgegen. Um das zu erreichen, kommt es insbesondere auch auf die Junge Union als Ideengeber, Motivator und wichtigen Multiplikator an.

Weihnachtsfeier der CDU Donaueschingen



In geselliger Runde und mit einem bunten politischen Programm trafen sich rund 50 Mitglieder des CDU-Stadtverbandes Donaueschingen im

Gasthaus Adler in Allmendshofen zur alljährlichen Weihnachtsfeier. Ich war der Einladung des Stadtverbandsvorsitzenden Martin Lienhard sehr gerne gefolgt, um mit einem Bericht über die wesentlichen Herausforderungen in Bund und Land gemeinsam mit den anwesenden Mitgliedern das Jahr Revue passieren zu lassen und einen Blick auf das für die CDU entscheidende Jahr 2016 zu wagen.

Thorsten Frei begrüßt europäische Lösung für mehr Sicherheit im Internet

Die Anfang Dezember beschlossenen Maßnahmen für mehr Netzwerk- und Informationssicherheit innerhalb der Europäischen Union sind für mich ein richtiger Schritt angesichts von mehr als einer Milliarde Schadprogramme, zu denen täglich etwa 390.000 neue hinzukommen. Gerade das Thema Cyberkriminalität wird oftmals von unseren Unternehmen unterschätzt. Allein der wirtschaftliche Schaden beläuft sich auf etwa 50 Milliarden EUR im Jahr. Die Zahl der festgestellten Dateneinbrüche ist in den letzten zwei Jahren weiter gestiegen. Auch mit Blick auf meinen Wahlkreis ist dieser Schritt sinnvoll. Unsere vor allem mittelstands- und industriegeprägte Region lebt von einer Innovationskraft, die maßgeblich von hervorragender Forschungs- und Entwicklungsarbeit sowie von komplexen Verfahrens- und Produktionsabläufen bestimmt ist. Die IT-Sicherheit ist angesichts von mehr als 50.000 direkt mit dem Internet verbundenen Steuerungssystemen bei unseren Mittelständlern gerade auch für unsere Region ein ganz zentrales Thema. Umso wichtiger ist es, dass wir stets am Puls der Zeit bleiben und die Cybersicherheit immer wieder genau evaluieren, um gegebenenfalls Anpassungen vornehmen zu können. Sofern Sie mehr über dieses Thema erfahren wollen, können Sie [hier](#) klicken.

Griechischem Fass ohne Boden nicht auch noch den Deckel entziehen

Die Flüchtlingsherausforderungen haben Europa und vor allem Deutschland fest im Griff. Es ist also nicht verwunderlich, dass die im Sommer alles bestimmende Finanzierungs- und Krisenlage in Griechenland in den Hintergrund gedrängt wurde. Das heißt aber nicht, dass nicht auch dort unverändert riesige Probleme an der Tagesordnung wären. Mit einer Pressemitteilung habe ich auf das Thema aufmerksam gemacht und damit auf Forderungen der Länder nach einer Bund-Länder-Anleihe zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen reagiert. Die Pressemitteilung ist [hier](#) nachzulesen.



Kreishaushalt 2016 – Kurs halten in schwierigen Zeiten

Mitte Dezember hat der Kreistag des Schwarzwald-Baar-Kreises den Haushalt für das kommende Jahr verabschiedet. Meine Haushaltsrede, die ich als Vorsitzender der CDU-Fraktion gehalten habe, kann im Wortlaut [hier](#) nachgelesen werden.

Vielen Dank an meine Fraktionskollegen für die tolle Zusammenarbeit in vergangenen Jahr. Auch in diesem Jahr wird die CDU-Kreistagsfraktion weiter an einer erfolgreichen Zukunft unseres Landkreises arbeiten.

Thorsten Frei MdB

Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
Internet: www.thorsten-frei.de
facebook: www.facebook.de/ThorstenFreiCDU

